Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 7 — Sonnabend, den 16. Februar 1929 — 33. Jahrgang

Arbeitslosen-Unterstützung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit

Außer den bereits veröffentlichten Resultaten auf unsere Anträge an die einzelnen Landesarbeitsämter auf Herausnahme der Erwerbsgruppen der Steinindustrie aus der Sonderfürsorge für die berufsübliche Arbeitslosigkeit liegen abschließend noch folgende vor:

Landesarbeitsamt Brandenburg, Sitz Berlin. Der Beginn der berufsüblichen Arbeitslosigkeit wird auf den 15. Dezember 1928 festgesetzt. Die Festlegung des Endes der berufsüblichen Arbeitslosigkeit bleibt der weiteren Beschlußfassung vorbehalten. Von der Sonderreglung werden ausgenommen:

1. Bei den Betriebsarten A. 6. „Gewinnung und grobe Bearbeitung von natürlichen Gesteinen und Nutzmaterialien"
   a) sämtliche im Bezirk der Stadtgemeinde Berlin vorhandenen, unter die Gruppe A. 6. fallenden Betriebe.
   b) Der Steinbruchbetrieb F. R. Baumann in Althüttendorf bei Joachimsthal.
2. Bei den Betriebsarten A. 9. „Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie", sämtliche im Bezirk der Stadtgemeinde Berlin vorhandenen Betriebe der unter A. 9 genannten Arten.

Landesarbeitsamt Mitteldeutschland, Sitz Erfurt. Das Ende der berufsüblichen Arbeislosigkeit wird auf den 16. März festgesetzt. Aus dem im Verzeichnis „A" der Anordnung vom 18. 12. 1928 aufgeführten Betriebe werden folgende ausgenommen:

1. Aus der Gruppe 6. „Gewinnung und grobe Bearbeitung von natürlichen Gesteinen und Nutzmaterialien". Die Betriebe und Betriebsabteilungen, die innerhalb der letzten zwei Jahre während des Winters durchgearbeitet oder im Falle von Betriebseinschränkungen diese nachweislich nur aus konjunkturellen Gründen, nicht aber infolge von Witterungseinflüssen vorgenommen wurden.
2. Aus den Gruppen: 8. „Kalk-, Gips- und Traßindustrie, 9. Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie. Die Festsetzungen der Betriebe, für die der Präsiden des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland das Vorliegen der in der Anordnung des Verwaltungsrates vom 18. 12. 1928 und dessen Ausführungsbestimmungen dazu angegebenen Voraussetzungen für eine Ausnahme getroffen hat, sind dem Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland mitzuteilen.

Landesarbeitsamt Bayern, Sitz München. Als Beginn der berufsüblichen Arbeitslosigkeit im Gebiete des Landesarbeitsamtes Bayern wird allgemein der 9. Dezember 1928 festgesetzt. Eine von der Anordnung des Verwaltungsrates abweichende Festsetzung des Endes der berufsüblichen Arbeitslosigkeit bleibt vorbehalten. Von den in der Anordnung des Verwaltungsrates der Reichsanstalt vom 18. 12. 1928 bezeichneten Betriebsarten werden von der Sonderreglung ausgenommen:

1. Bei der Beriebsart „Gewinnung und grobe Bearbeitung von natürlichen Gesteinen und Nutzmaterialien".
   a) Steingewinnungsbetriebe mit einer Durchschnittsbelegschaft von mindestens 10 Beschäftigten und
   b) Steinbearbeitungsbetriebe ohne Rücksicht auf die Belegschaftsstärke, die Betriebsarten zu a) und b), wenn die Betriebe in den letzten beiden Jahren während des Winters im wesentlichen aufrechterhalten wurden. Auf welche Betriebe diese Voraussetzungen zutreffen, bestimmt im einzelnen ein Unterausschuß des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes.
2. Bei der Betriebsart „Kalk-, Gips- und Traßindustrie": Kalkwerke, Betriebe, die ausschließlich oder überwiegend nicht für das Baugewerbe, sondern für andere industrielle Unternehmungen ununterbrochen beschäftigt werden. Für die Bestimmung der einzelnen unter die Ausnahme fallenden Betriebe gilt Ziffer 1 Absatz 2.
3. Bei der Beriebsart „Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie: Betonwerke", Betriebe, die ausschließlich oder überwiegend nicht für das aBugewerbe, sondern für andere industrielle Untermungen ununterbrochen tätig sind. Weiter sind noch ausgenommen Zweigbetriebe, deren technische Ausrüstung auf den Winterbetrieb eingestellt ist und die in den letzten zwei Wintern tatsächlich im wesentlichen dauernd beschäftigt gewesen sind.

Landesarbeitsamt Südwestdeutschland, Sitz Stuttgart. Die der Betriebsart 6 „Gewinnung und grobe Bearbeitung von Gesteinen und Nutzmaterialien" zugehörigen Betriebe werden von der Sonderreglung ausgenommen, wenn sie in den letzten zwei Wintern tatsächlich dauernd beschäftigt waren. Als dauernd beschäftigt gelten die Betriebe nicht mehr, wenn bei einer etwaigen Einschränkung in der Zeit vom 1. Dezember bis 31. März jedes Jahres im Durchschnitt mehr als ⅓ der Arbeitszeit vom 1. Oktober für die Mehrzahl der Belegschaft verkürzt war. Die Entscheidung, ob hiernach ein Betrieb von der Sonderreglung auszunehmen ist, trifft

a) für Betriebe mit einer durchschnittlichen Belegschaft bis zu 10 Arbeitern der Vorsitzende des für den Betriebssitz zuständigen Arbeitsamtes,
b) für die übrigen Betriebe der Verwaltungsausschuß — geschäftsführender Ausschuß des Landesarbeitsamtes.

Landesarbeitsamt Nordmark, Sitz Hamburg. Der Beginn der berufsüblichen Arbeitslosigkeit wird auf den 10. Dezember 1928, das Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit auf den 31. März 1929 festgesetzt. Auf Grund der Anordnung des Verwaltungsrates für den Fall der berufsüblichen Arbeitslosigkeit, Nr. A. 6 „Gewinnung und grobe Verarbeitung von natürlichen Gesteinen und Nutzmineralien", werden Betriebe der nachstehenden Arten von der Sonderreglung ausgenommen:

1. Steingräbereien sowie Pflasterstein- und Schotterwerke,
2. Grabmal- und Steinmetzbetriebe, in denen Naturstein, Kunststein und Beton zur Weiterverarbeitung gelangt,
3. Granitschleifereien sowie Marmorsägereien und Marmorschleifereien.

*

Damit liegt die Entscheidung von sämtlichen Landesarbeitsämtern vor, auf die unterschiedlichen einzelnen Entscheidungen, die nochmalige Eingaben notwendig machen, kommen wir in einer Sonderabhandlung noch zu sprechen.

Eine Nachlese

Den „Steinarbeiter"-Lesern wird noch in der Erinnerung haften, daß von unserer Redaktion in Nr. 2 auf einen Neujahrsartikel von Herrn Dr. Steinlein, München, im „Steinbildhauer" Nr. 1 von 1929 eingegangen wurde. Nunmehr liegt in der Nr. 4 der genannten Fachzeitschrift eine Erwiderung von Dr. St. vor mit der geschmackvollen und gewiß auch geistreichen Ueberschrift „Die Kunst des Melkens". Damit ist natürlich eine Tätigkeit gemeint, die aus den Tagungen der Land- und Forstwirtschaft in der „Grünen Woche" stammt, die zwei lange Wochen — Ende Januar und Anfang Februar — unter anderen auch das Berliner Nachtleben rentabel gemacht hat. Doch schauen wir uns an, was der „Unternehmer-Stellvertreter" — so nannten wir damals Herrn Dr. St., und so nennt er sich nun selber bei der Unterzeichnung seines Artikels — einzuwenden hat. Einleitend läßt er sich so vernehmen:

„Es drängt uns, unsere Kenntnisse auf landwirtschaftlichem Gebiete unseren verehrten Lesern zu unterbreiten; wir müssen aber doch damit noch etwas zurückhalten, um der Erwiderung in Nr. 2 des „Steinarbeiters" auf unsere Neujahrsbetrachtung in Nr. 1 des „Deutschen Steinbildhauers" einige Worte zu widmen. Fast fühlen wir uns etwas beschämt, denn eine solche Verausgabung der geistigen Kräfte unseres Gegners im „Steinarbeiter" (wir wollen ihn Herrn S. nennen) wollten wir wahrhaftig nicht verschulden. Doch macht es uns heute zum ersten Male Freude, Herrn S. erwidern zu dürfen, denn wir können mit Genugtuung konstatieren, daß wir nun endlich zwar nur in einem Punkte, aber in dem wichtigsten, einig gehen. Auch die deutschen Unternehmer wären froh, ihren Arbeitern amerikanische Löhne bezahlen zu können. Merken Sie den Widerspruch in Ihren Ausführungen nicht, Herr S.? Da die Unternehmer in Ihren Augen ja nur „Profitjäger" sind, müßten sie bei amerikanischen Löhnen doch viel mehr verdienen als bei Löhnen, wie sie der chinesische Kuli oder der polnische Arbeiter bezieht; die Richtigkeit dieses Satzes sieht wohl jedes Kind ein.

Was sind aber die ersten Voraussetzungen für Bezahlung hoher Löhne? 1. Eine gefestigte Wirtschaft; 2. Zusammenarbeiten, nicht Gegeneinanderarbeiten der beiden großen Gruppen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Wohle der Wirtschaft. Beides besitzt Amerika, Deutschland aber noch lange nicht. Gerade jetzt, wo beide Gruppen von unseren Feinden immer noch bedrückt werden, wäre ein gegenseitiges Verstehen dringend notwendig, aber das Gegenteil ist der Fall. Beide Gruppen bekämpfen einander, die Machtfrage steht im Vordergrund und die deutsche Wirtschaft kommt dabei immer weiter herunter, und zwar soweit, bis es wahr wird, was Herr S. in Nr. 2 des „Steinarbeiter" sagt, bis unsere Arbeiter die Löhne von chinesischen Kulis oder von polnischen Arbeitern beziehen, nur um leben zu können, was wir doch beide nicht wollen."

Wer das Vorstehende aufmerksam liest und unseren Artikel aus der Nr. 52 (1928) und aus Nr. 2 (1929) noch so im Gedächtnis hat, um Vergleiche anstellen zu können, dem wird es durchaus nicht schwerfallen zu konstatieren, worin das angebliche Einiggehen besteht und wo Widersprüche sind, und wir glauben sagen zu dürfen, daß diese nicht etwa im Artikel des „Steinarbeiters" sich befinden, sondern in den Darlegungen des Herrn Dr. St. Nebenbei fühlt er sich auch beschämt wegen der Verausgabung der geistigen Kräfte des Steinarbeiter-Redakteurs. Wir würden es lieber sehen, wenn das beschämende Gefühl sich auf etwas anderes erstreckt hätte, vielleicht auf die vorhergegangene wirklich beschämende Glossierung des Entstehens der Steinarbeiter-Berufskrankheit durch Herrn Dr. St.; das hätte nach außen hin gewiß Eindruck gemacht, weil es besser in den Rahmen paßte. Im übrigen muß Herr Dr. St. es ja ganz genau wissen, denn er schreibt ja viel, was es mit der Verausgabung der geistigen Kräfte auf sich hat. Mag sein, daß bei manchem, der viel schreibt, dann so eine Art geistig-schriftstellerisch-logische Impotenz eintritt. Diese Empfindung in der Beurteilung der geistigen Kräfte des „Gegners" hatten wir tatsächlich schon wiederholt beim Lesen der Artikel von Herrn Dr. St., ganz besonders aber bei dem letzten Artikel „Die Kunst des Melkens". Ein altbekanntes Sprichwort sagt, daß man niemand hinterm Ofen sucht, wenn man nicht schon selber dahintergesteckt hat. Ergo!

Doch wie sind nun die neuen Behauptungen? Der genannte Unternehmer-Stellvertreter meint, die deutschen Unternehmer wären froh, wenn sie ihren Arbeitern amerikanische Löhne zahlen könnten, weil sie, die Unternehmer, dann auch mehr verdienten. Das ist allgemein und zweifellos nur eine Verlegenheitsrede von Herrn Dr. St., wohl mag es einzelne Unternehmer geben, die so denken, aber sicher ist, daß der eigene Mehrverdienst in erster Linie ihnen dabei vorschwebt, nicht etwa der der Arbeiter, und wer wie Dr. St. seit Jahr und Tag absolut nicht überwinden kann, daß der Münchner Steinmetzlohn von 50 Pfg. im Jahre 1923 auf 1,42 Mk. bis zum Jahre 1928 geklettert ist, der darf keinesfalls sagen, daß er froh wäre, den Arbeitern amerikanische Löhne zahlen zu können, der gleicht ohne weiteres dem Manne, der heimlich Wein trinkt und für die anderen öffentlich Wasser predigt.

Nun steht die Meinung der deutschen Unternehmer über die volkswirtschaftliche Beurteilung und Bedeutung hoher Löhne, als ganzes gesehen, der Meinung der deutschen Arbeiter schroff gegenüber. Das war schon so in der gefestigten Wirtschaft der Vorkriegszeit, und so ist es geblieben in der durch den Weltkrieg wacklig und elastischer gewordenen Wirtschaft. Und das Zusammenarbeiten der beiden großen Gruppen in der Wirtschaft (Unternehmer und Arbeiter), wie es Herr Dr. St. hervorhebt und als notwendig erkennt, läuft nach all den Erfahrungen, die die Arbeiter und ihre Führung besitzen, darauf hinaus, daß die Löhne immer gleich bleiben. Wohlverstanden, wie jetzt das gewünschte Zusammenarbeiten von den meisten Unternehmern aufgefaßt wird! Soll ein solches Zusammenwirken wirklich fruchtbar im Gesamtwohl des arbeitenden Volkes und der Wirtschaft sein, dann gehören dazu ganz andere Voraussetzungen, und zwar solche, die man mit dem Begriff „Wirtschaftsdemokratie" umreißen kann. Nach unserer Ueberzeugung wird ein solches Zusammenwirken im Laufe der Jahrzehnte sicherlich kommen. Nicht freiwillig von den Unternehmern zugestanden, nein! das wäre zuviel verlangt; sondern es wird erstritten werden müssen, wie alle bisherigen Errungenschaften der Arbeiter und nicht zuletzt durch den geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse, die einen größeren Anteil am Wirtschaftsertrag so oder so fordert. Mit diesem Aufstieg geht konform der wachsende Einfluß des Staates auf die öffentliche und private Wirtschaft und der immer größer werdende Einfluß des arbeitenden Volkes auf den Staat, seine Führung, seine Aufgaben und seine Betätigung. Das ist die Entwicklungslinie die wir sehen! Hoffentlich wird Herrn Dr. St. bei diesen Gedanken nicht allzu schwül. Auch werden die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter und ihre Führung alles tun, um diese Entwicklung zu beschleunigen. Nun kommt es auf dem Wege dahin (größerer Anteil am Wirtschaftsertrag) ganz naturgemäß zum Austrag der „Machtfragen", bei denen nach Herrn Dr. St. die Wirtschaft immer weiter herunterkommt. Diese Situation mag man bedauern, aber wer sie kritisch beleuchtet, der muß auch untersuchen, wer in der Hauptsache und in den meisten Fällen die Machtfrage in den Vordergrund schiebt. Das sind doch allgemein die Unternehmer, die Industriellen! wie das erst kürzlich der Ruhrkonflikt erneut bewiesen hat und wie es im kleinen auch schon in der Steinindustrie und im Steinsetzgewerbe mehr wie einmal vorgekommen ist. Es nützt gar nichts, diese Tatsachen zu verdunkeln durch pharisäerhafte Jammerei. Diese Tatsachen lassen sich auch nicht durch spitzige Zeitungsartikel aus der Welt schaffen und bleiben auch dann Tatsache, wenn man mit Scheuklappen die Entwicklung ansieht.

Leider konnten wir wegen Raummangels nicht den ganzen Artikel „Die Kunst des Melkens" zum Abdruck bringen; unseren Lesern diene deshalb noch zur Information, daß Herr Dr. St. auch noch auf das parteipolitische Gebiet hinüberrodelt. Bei dem anhaltenden Frost- und Schneewetter eine ganz gute Beschäftigung für Leute mit Schneid und Zeit. Die Steinarbeiter-Redaktion wird nun bei diesem Rodeln interpelliert über den Kampf Poincaré gegen Deutschland, internationale Sozialdemokratie und das Verhalten französischer und englischer Sozialdemokraten, Parteiprogramm usw. Es wäre ja schließlich ganz interessant und vielleicht auch amüsant, mit Herrn Dr. St. darüber zu debattieren, aber Voraussetzung dazu wäre, daß vorher mindestens die gleichen Unterlagen gelesen würden, sonst würden wir in jedem Fall aneinander vorbeireden. Nach den Schreibäußerungen zu urteilen, liest Herr Dr. St. nur nationalistische und partikularistische Zeitungen und Schriften, die bekanntlich das Weltgeschehen, den Versailler Vertrag, die deutsche Republik, die Gewerkschaften und den Sozialismus durch ihre ganz besonders verdreht geschliffene Brille beäugeln und dabei im Denken, Handeln und Träumen also noch mit beiden Beinen, der Verlängerung des Rückgrats und was dann noch kommt, im früheren Obrigkeitsstaat stehen, sie sehen alles noch schwarzweißrot. Zum Beweis dessen aus dem Artikel von Herrn Dr. St. folgenden Geistesblitz:

„Ein Tropf ist in meinen Augen der, welcher das alte deutsche Reich schmäht und es herabzusetzen sucht . . ., in der schwarzrotgoldenen Republik ist noch verdammt wenig Aufbauarbeit geleistet worden, dagegen mehr zu politischen sich gegenseitig zerfleischenden Kämpfen . . ."

Merkwürdige Logik; denn was der Herr Dr. sich herausnimmt gegenüber der jetzigen Staatsform und ihrer Leistung, das verbietet er anderen in bezug auf das frühere System und sogar noch mit einem — Bannstrahl (Tropf). Wenn wir nicht irren, haben wir schon vor etwa zwei Jahren eine ähnliche Debatte beiderseits geführt, so über sozialistisches Parteiprogramm, altes Reich und Republik. Nun meint Herr Dr. St., der sei ein „Tropf", der von dem früheren keine Begeisterung aufbringt und dieses auch in Worte kleidet. Wenn das einen Sinn haben soll, dann muß er schon diese Tröpfe sicherlich unter seinesgleichen suchen, denn denen ging es ja sehr gut im alten Staat, dem „glorreichen" König- und Kaiserreich. Steuern, soziale Lasten und dergleichen waren in jener Zeit weit geringer, und die damaligen Regierungen kümmerten sich verflixt wenig um die Ursachen eines Streiks, aber desto mehr um die streikenden Arbeiter; für die war der Polizeisäbel und waren Knebelgesetze da. Wer nun von den Gesinnungsfreunden und Klassenangehörigen des Herrn Dr. St. die für sie so sehr erträgliche frühere Situation etwa schmäht, der wäre in unseren Augen nicht nur ein Tropf, sondern sicher auch ein „Depp". Das letztere wenden wir aber auch an auf jene, die kritisieren und alles besser wissen in bezug auf die Republik und die behaupten, „sie hat nichts geleistet"! Die Republik ist ja bekanntlich der Rahmen, der die Menschen in Deutschland, die Staatsbürger umfaßt, und was diese nun tun in ihrer Unverständigkeit oder mit den Tropf- und Deppeigenschaften, weil ihnen die Republik mehr Freiheit läßt im Handeln und Schimpfen, als das früher üblich war, schiebt nun Herr Dr. St. und viele andere statt auf die freche Ausnutzung der Freiheiten durch Schimpfende und Besserwissende, einfach auf die republikanische Gestaltung. Das ist so seine logische Art, die wir an seiner Beweisführung bereits des öfteren „bewundert" haben. Es erweckt auch den Anschein, daß Herr Dr. St. vollständig vergessen hat, wie die Sache damals war, als der Zusammenbruch des alten glorreichen Systems eintrat; er hat wohl auch absichtlich vergessen, was unter dem neuen System, eben der Republik, geleistet wurde von denen, die den Aufbauwillen hatten und ihn auch betätigten. Also nicht jene, die sich damals verkrochen! Merkwürdig ist immerhin, daß selbst Leute wie Dr. St., die das doch mit erlebt haben müssen, nun alles vergessen haben. Das ist für sie einfach nicht da. Bayern, in dem Herr Dr. St. wohnt, lebt und strebt, ist doch kein Ausland, ist ja Anhängsel Deutschlands, wenn da auch ein anderes Lüfterl weht mit Hollidria und Geschnackel, so ist aber dort doch auch einigermaßen bekanntgeworden, was damals in Deutschland vorging, in welcher Lage es sich befand und wie es sich wieder herausgearbeitet hat. Jawohl, herausgearbeitet hat auf republikanischer Grundlage des Staates. Die politischen und zerfleischenden Kämpfe, auf die Herr Dr. St. mit dem Finger zeigt, und die gewiß keinem vernünftigen Menschen gefallen, sind in der Hauptsache auf das Konto derer zu buchen, die als wirkliche Tröpfe und Deppe noch mit verrosteten Säbeln klirren, mit Orden herumlaufen und für den alten Untertanengeist der — anderen schwärmen. Nicht für den eigenen! Bayern, München, hat uns da schon manches vorillustriert.

Wir bedauern auch ohne jede Einschränkung das oft so unverständliche Verhalten der Regierungen, die uns früher als Kriegsgegner gegenüberstanden (Poincarés Reden), aber wenn man den Ursachen nachgeht, dann sind es ja gerade jene Kreise, die Herr Dr. St. nicht unter die Tröpfe rechnet, sie sind leider schon des öfteren durch ihr Verhalten und ihre verrostete Ruhm-

redigkeit der Anlaß gewesen zu den Reden Poincarés in Frankreich gegen Deutschland. Was nun aber mit dieser Sache die sozialistische Internationale zu tun hat, muß Herr Dr. St. uns noch näher verraten, denn was er darüber in seinem grandiosen Melk-Artikel schreibt, haben wir schon mehr als einmal in den nationalistischen Zeitungen gelesen. Das ist also viel älter als verschimmelter bayrischer Käse und ist diktiert von Haß gegen den Sozialismus. Haß deshalb, weil der Sozialismus die Aufwärtsbewegung des arbeitenden Volkes verkörpert.

Die Steuerlast? ja! sie ist nicht gering, das wissen vor allem die Arbeiter am besten, die bringen bekanntlich den Löwenanteil bei den Einkommensteuern auf, und wenn die Lohn- und Gehaltsempfänger nun auch so über Steuerlasten jammern würden wie Herr Dr. St. und andere, dann wäre Deutschland ein Jammertal im wirklichen Sinne des Wortes. Würde jeder in Deutschland so regelmäßig seine Steuern zahlen und so sicher kontrolliert werden, ob auch die Steuern richtig bezahlt sind, wie die Lohn- und Gehaltsempfänger, wir glauben, daß dann der Staat nicht auf weitere Steuersuche gehen brauchte. Manche Gewerbetreibende, Landwirte und industrielle Unternehmungen würden sich sehr wundern, wenn bei ihnen die Steuerzahlung so durchgeführt werden — könnte wie beim Arbeiter. Bei letzteren halten das übrigens alle Steuerdrückeberger in Deutschland für ganz in Ordnung nach der Devise: „Heiliger Florian schon' mein Haus, steck' andere an!"

Zum Schluß noch einige Sätze zu dem Begriff der Ueberschrift: „Die Kunst des Melkens", so wie ihn Herr Dr. St. erfaßt. Er sagt dem Sinne nach, daß die beste Kuh (Industrie und Gewerbe), durch das Melken des Staates (übertriebene Steuern, soziale Lasten) und durch das Melken der Gewerkschaften (Lohnforderungen über Lohnforderungen) fast zusammenbricht. Soweit hier eine Widerlegung nötig ist, geht das bereits aus dem Vorhergesagten hervor. Wir haben bereits in der Einleitung darauf hingewiesen, daß die Ueberschrift in Zusammenhang mit der „Grünen Woche" in Berlin gebracht werden kann. Da war unter anderem auch eine Ausstellung der Produkte des Melkens zu sehen, und eine Genossenschaftsmolkerei hatte über das Produkt (Milch) und die „Kunst des Melkens" sehr nett folgenden Spruch angebracht: „Wer stets ehrlich, hübsch und reinlich, ohne Eigennutz und kleinlich, täglich liefert unverdrossen, ist der beste der Genossen", und ein anderer kürzerer Spruch sagt das drastischer: „Wer Milch verfälscht, mit Wasser tauft, ist wert, daß er sie selber sauft." Diese Sprüche passen ausgezeichnet zu dem Artikel Dr. St.s, auf ihn selber und seine Sache angewandt. Unseren Lesern bleibt jede Anwendung selbst überlassen. Doch Spaß und Phantasie beiseite. Herr Dr. St. hat bei dem Melken, wo er wahrscheinlich einer drallen Magd lange und intensiv zuschaute, noch anderes, etwas ganz erschröckliches entdeckt, er meint:

„Die Gewerkschaften verstehen das Melken, aber nicht nur wenn es gilt, die sogenannten Kapitalisten auszubeuteln, sie verstehen es recht gut auch, ihre eigenen Leute zu melken."

„Daß du die Nase im Gesicht behältst," würde Fritz Reuter bei dieser Konstatierung gesagt haben. Man höre: die Verbände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes haben nach Dr. St. im Jahre 1927 zirka 182 Millionen Mark als Beiträge aus ihren Mitgliedern herausgeholt. Die Arbeiterbank habe 1350 Millionen umgesetzt usw. Diese Kapitalien, so sagt Herr Dr. St., werden zu Kampfmaßnahmen und zur Festigung der materiellen Lage der Gewerkschaftsführer angesammelt, und er fragt nun ganz naiv:

„Riecht das, was man hier hört, nicht auch etwas nach Geld- und Profitgier?"

Zum Schluß bringt er noch allerhand ungereimtes Zeug über Besitzsorgen von rechts und links. Auch die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften haben es ihm angetan. Wir sagen, ohne etwa zu versuchen, das Gerochene und Gehörte zu beantworten, daß es der pure Neid ist, der da zum Vorschein kommt. Die Gewerkschaften haben noch viel, viel mehr Geld, Herr Dr. Wir könnten hier noch mehr solcher Sachen flüstern, aber besser ist doch, wir behalten das für uns.

In den Darlegungen des Unternehmer-Stellvertreters sehen wir wiederum dieselbe Tendenz wie in allen seinen Artikeln, nämlich: die idealen und kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften lediglich aus der Froschperspektive zu betrachten. Das sind wir, wie gesagt, seit Jahren von ihm gewöhnt. Wer nun eine solche gewaltige Bewegung wie die Gewerkschaftsbewegung nur einschätzt vom Gehaltsstandpunkt der in ihr Angestellten und wer eine Streikbewegung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage als Melken der Unternehmer bezeichnet, das ist — um höflich zu bleiben — ein Kleingeist, der schließlich noch an einem Stammtisch oder in einem Kegelklub Eindruck mit seinen Ansichten schinden kann, aber sonst ist das doch sehr fraglich. Die vorstehende und die früheren Auseinandersetzungen haben auf den Gang der Entwicklung durchaus keinen Einfluß, aber sie lassen sich dennoch nicht umgehen, weil sonst der Anschein aufkommen könnte, als wäre die andere Seite mit ihren Unkenrufen und Klagetönen immer im Recht. Für uns ist es auch mal eine Abwechslung, die wir natürlich ganz gern benutzen. Sonst im großen ganzen gesehen ist es üblich, daß man bei solchen Kleingeistern, wie uns eins aus dem Artikel „Die Kunst des Melkens" entgegengrinst, mit einem Achselzucken zur Tagesordnung übergeht.

Die Finanzkraft der Völker

In dem letzten Bericht des Reparationsagenten Parker Gilbert spielt der Goldbestand Deutschlands eine wichtige Rolle. Tatsache ist nun, daß der Goldbestand eines Landes maßgeblich ist für die Stabilität seiner Währung. Aber wenn Parker Gilbert erklärt, daß die deutsche Reichsmark die stärkste Währung der Welt sei, so übersieht er hierbei ganz die Schwäche des deutschen Goldbestandes. Die Dinge liegen in Wirklichkeit doch so, daß Deutschland heute erst über 60 Prozent seines vorkriegsmäßigen Goldbestandes verfügt.

Der Weltgoldbestand betrug im Jahre 1913 rund 33,6 Milliarden Mark, im Jahre 1928 rund 47 Milliarden Mark. Auf Europa entfielen davon im Jahre 1913 rund 20,4 Milliarden Mark, im Jahre 1928 rund 18 Milliarden. Während sich der europäische Goldbestand trotz der Zunahme des Weltgoldbestandes um 14 Milliarden Mark um 2,4 Milliarden verringert hat, hat sich der Goldbestand der Vereinigten Staaten von 8 Milliarden im Jahre 1913 auf 17,2 Milliarden im Jahre 1928 erhöht. Diese Feststellung ist zunächst wichtig. Zu bemerken ist hier noch, daß in diesen Goldbeständen nur die monetären Goldbestände, das heißt, die ausgeprägten Münzen, enthalten sind. Nicht eingerechnet ist das vorhandene Gold, soweit es sich unausgeschmolzen im Erz befindet oder in Schmucksachen steckt.

Der deutsche Goldbestand betrug Ende 1928 rund 2,2, Milliarden Mark. Im Jahre 1924 bezifferte sich der deutsche Goldbestand auf 818 Millionen Mark und im Inflationsjahr 1923 auf 523 Millionen. Tatsächlich hat sich der deutsche Goldbestand seit der Inflation bedeutend gebessert, aber bei weitem noch nicht seine Vorkriegsstärke erreicht. Im Jahre 1913 betrug der deutsche Goldbestand 4 Milliarden Mark. Es fehlt also noch sehr viel daran.

Von allen europäischen Staaten hat nicht England, wie zumeist irrtümlich angenommen wird, sondern Frankreich den stärksten Goldbestand. Der französische Goldbestand betrug am 30. Juni 1928 rund 4,7 Milliarden Mark, der englische Goldbestand zu der gleichen Zeit 3,5 Milliarden. In der Vorkriegszeit bezifferte sich der französische Goldbestand auf 5,2 Milliarden und der englische auf 2,1 Milliarden, er war also geringer als der deutsche Goldbestand. In diesen Ziffern sind freilich nicht die Goldbestände der Kolonien enthalten. Wenn man diese hinzurechnet, dann hat das britische Weltreich den größten Goldbestand. Dies erklärt sich aus der Machtstellung, die England wirtschaftlich in dem britischen Weltreich einnimmt.

An vierter Stelle folgt dann Spanien, dessen Goldbestand heute 2 Milliarden Mark gegen 388 Millionen in der Vorkriegszeit, 1913, beträgt. Spanien hat seinen Goldbestand während des Krieges außerordentlich verbessern können. Seit 1920 sind nennenswerte Veränderungen nicht vor sich gegangen. Der italienische Goldbestand wird heute auf eine Milliarde beziffert. Im Jahre 1913 betrug er 1,2 Milliarden, so daß also eine Verringerung um 200 Millionen Mark eingetreten ist. Gegenüber der Vorkriegszeit hat der Goldbestand der Schweiz von 186 Millionen auf 360 Millionen, also um 174 Millionen Mark zugenommen. Zugenommen hat im übrigen der Goldbestand in allen den europäischen Ländern, die nicht am Kriege beteiligt waren. So der Goldbestand Schwedens von 128 Millionen auf 260 Millionen, der von Norwegen von 80 Millionen auf 165 Millionen, der Hollands von 285 auf 734 Millionen und der Goldbestand Dänemarks von 80 auf 204 Millionen Mark. Rußlands Goldbestand ist gegenüber der Vorkriegszeit am meisten zusammengeschmolzen. Der Goldbestand des europäischen Rußlands wird heute auf 335 Millionen Mark beziffert, im Jahre 1913 betrug er 4,7 Milliarden Mark, einschließlich der inzwischen abgetretenen Gebiete Estland, Lettland, Litauen und Polen. Diese neugebildeten Staaten haben heute eine eigene Währung, und der Goldbestand beträgt in Polen 267 Millionen Mark, in Lettland 20 Millionen, in Estland 6 Millionen und in Litauen 14 Millionen. Von den europäischen Staaten wären hier noch zu erwähnen: die Tschechoslowakei mit einem Goldbestand von 125 Millionen, Oesterreich mit 70 Millionen, Rumänien mit 125 Millionen, Irland mit 165 Millionen, Belgien mit 465 Millionen und Bulgarien mit 40 Millionen. Wesentlich verschlechtert gegen 1913 hat sich der Goldbestand in Bulgarien, Rumänien und Griechenland. Die goldschwachen Länder Europas sind heute Jugoslawien, Polen, Italien, Rußland, Estland und Albanien. Die Währung dieser Länder hat also eine schwache Deckung, so daß die Möglichkeit einer Inflation stets vor der Tür steht.

Zu wesentlich andern Ergebnissen kommt man, wenn man die Goldbestände der außereuropäischen Staaten untersucht. Von dem Goldbestand der Vereinigten Staaten war schon die Rede. Einen guten Goldbestand hat Japan, der am 30. Juni 1928 rund 2,6 Milliarden Mark betrug. Bemerkenswert ist, daß sich der japanische Goldbestand seit 1924 ständig verringert. Er hat um 400 Millionen abgenommen. Im Jahre 1913 wurde der japanische Goldbestand auf 713 Millionen Mark beziffert. Der Goldbestand Kanadas wird beziffert mit 767 Millionen gegen 880 Millionen im Jahre 1924 und 600 Millionen im Jahre 1913. Australiens Goldbestand beträgt 990 Millionen, der Neuseelands 160 Millionen, der Argentiniens 2,5 Milliarden, Brasiliens 545 Millionen, Chiles 300 Millionen und Aegyptens Goldbestand beträgt 80 Millionen Mark. Die Entwicklung verläuft hier in umgekehrter Richtung. Während sich der Goldbestand der meisten europäischen Länder gegen vor dem Kriege verringert hat, hat er sich hier erhöht. Der Goldbestand Brasiliens zum Beispiel um 170 Millionen, der Argentiniens um 1,2 Milliarden, der Chiles um 140 Millionen und der Australiens um 790 Millionen Mark.

Das die nackten Tatsachen. Auch eine Statistik im Jahresbericht der Reichskreditgesellschaft zeigt, wie wenig Gold in Deutschland ist. Nach dieser Statistik hat Frankreich heute mit 125 Mark pro Kopf der Gesamtbevölkerung die höchsten Goldbestände, die Schweiz folgt mit 106 Mark, Holland mit 96 Mark, die Vereinigten Staaten 92 Mark, Großbritannien 73 Mark, Belgien 66 Mark und dann erst kommt Deutschland mit 42 Mark. Wenn man Gold und Devisen zusammenrechnet, verschlechtert sich das Verhältnis Deutschlands zu den andern Ländern noch erheblich. Auf Frankreich kommen dann 256 Mark pro Kopf, auf die Vereinigten Staaten 92 Mark und auf Deutschland nur 44 Mark. Deutschland wird selbst von Italien mit 70 Mark noch übertroffen. Also auch unter diesen Gesichtspunkten ist es merkwürdig, weshalb Parker Gilbert die deutschen Goldbestände bei der Abfassung seines Berichtes herangezogen hat. Im Vergleich mit andern Ländern schneidet Deutschland nicht günstig ab.

E. N.

Der erste Geschäftsbericht der Reichsanstalt

Der erste Geschäftsbericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, der nunmehr vorliegt, ermöglicht einen aufschlußreichen Einblick in die Tätigkeit der Anstalt. Das erste Geschäftsjahr umfaßt die Zeit vom 1. Oktober 1927 bis 30. September 1928. Die Zahl der Versicherten betrug Ende September 1928 rund 16,5 Millionen gegen 16 Millionen im Oktober 1927, so daß sich also der Versichertenbestand um ½ Million vermehrt hat. Während des Jahres war der Versichertenbestand starken Schwankungen unterworfen. Die wirtschaftliche Lage, die Verbesserungen sowohl wie die Verschlechterungen des Beschäftigungsgrades beeinflußten den Stand der Versichertenzahl erheblich. Im Februar hatte die Reichsanstalt den niedrigsten Bestand an Versicherten innerhalb des ersten Geschäftsjahres, nämlich 14,8 Millionen. Dann stieg die Versichertenzahl im Laufe des Jahres wieder langsam an.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung war ebenfalls im Laufe des Jahres starken Schwankungen unterworfen. Sie betrug im Durchschnitt des Jahres 777 000 und erreichte ihren Höchststand mit 1 297 497 Unterstützten im Dezember 1927. In der Krisenfürsorge betrug der Monatsdurchschnitt 147 000. Die Zahl der Familienzuschlagsempfänger stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 1 017 331. Der monatliche Durchschnitt der Notstandsarbeiter in der Arbeitslosenversicherung betrug 51 112, in der Krisenunterstützung 15 664. Die Gesamtausgaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung betrugen im ersten Geschäftsjahr 843 Millionen Mark. Die Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung bezifferten sich auf 726 Millionen, für Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit wurden 36 Millionen ausgegeben. Der Aufwand für die Krisenunterstützung stellte sich auf 138 Millionen Mark.

Dieser erste Bericht der Reichsanstalt läßt den Aufgabenkreis dieser Einrichtung deutlich erkennen. Die trocknen Zahlen besagen gewiß nicht viel, und doch wird man sich merken müssen, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Arbeitslosenversicherung, trotz der ihr noch anhaftenden Mängel, ein gewaltiger Schritt nach vorwärts war. Der erste Bericht umfaßt eine Zeit, wo die deutsche Wirtschaft eine im Vergleich zu den Vorjahren noch günstige Konjunktur hatte. Mit zunehmender Verschlechterung des Arbeitsgrades wächst das Aufgabengebiet. Auch in der Zeit nach dem Abschluß des Berichtes, seit Oktober 1928, ist eine weitere Verschlechterung des Beschäftigungsgrades eingetreten.

E. N.

Judenverfolgungen in Rußland

Der Wahnsinn des Rassenhasses

Im Staatlichen Verlag in Moskau ließ M. Gorew ein Buch erscheinen, das, auf amtlichem, ehedem in Geheimarchiven verstautem Quellenmaterial fußend, die Geschichte der Judenverfolgungen, Pogrome genannt, mit grauenhafter Eindringlichkeit offenbart. Das Buch ist zugleich ein Dokument des unheilvollsten Fanatismus, der jeglichen Vernunftgründen unzugänglich ist — ein Dokument der auf die Spitze getriebenen Verhetzung, des Rassenhasses, der wildesten Grausamkeit. Einige runde Zahlen mögen das beweisen:

Allein bei dem viertägigen Pogrom in Odessa vom 18. bis 21. Oktober 1905 wurden 300 Menschen getötet, 1000 wurden verwundet und gräßlich verstümmelt, 40 000 wurden wirtschaftlich zugrunde gerichtet. Hunderte wurden irrsinnig.

In Proskurow wurden am 15. Februar 1919 binnen vier Stunden 1600 Menschenleben vernichtet.

In demselben Jahre, vom 17. bis 22. Mai, erlagen in Jelisawetgrad 4500 Personen jüdischen Glaubens dem Blutdurst der weißgardistischen Horden.

Von 1918 bis 1921 organisierten die weißen Garden in den von ihnen besetzten Ortschaften insgesamt 1520 Pogrome, denen 200 000 Juden zum Opfer fielen. 300 000 Waisenkinder beweinten ihre zu Tode gequälten Eltern.

Bei dem welterschütternden Pogrom in Kischinew im Jahre 1903 wurden Kinder unter den Augen der wahnsinnig schreienden Mütter aus den Fenstern aufs Straßenpflaster geworfen. Das vertierte Gesindel, verhetzt und aufgestachelt durch die „patriotischen" Banden eines Purischkewitsch, packte die Kleinen an den Beinen und zerschmetterte ihnen die Köpfe auf dem Straßenpflaster. Massenhaft wurden die Juden auf den Straßen gefoltert und gekreuzigt. Mit Nägeln wurden sie an die Holztüren der Häuser geschlagen.

In Minsk wurden Greise an die Pferdeschwänze gebunden und durch die Gassen geschleift.

In Jekaterinoslaw wurden 1000 Frauen und Mädchen geschändet. Gorew beschreibt den im Jahre 1919 durch die Truppen Denikins inszenierten Pogrom folgendermaßen: Die Straßen, die Höfe und Häuser, die Keller und Dachräume waren mit Blutpfützen bedeckt und mit geronnenem Blut bespritzt. Hunderte von blutigen Leichen lagen umher. Läden und Wohnungen waren total demoliert. Die Straßen waren bedeckt mit zerschlagenen Möbeln, mit zerrissenen Kissen und Betten, mit umherfliegenden Bettfedern. Die Stadt war ein einziger riesenhafter Friedhof. Bei diesem Pogrom wurden 4500 Menschen erschlagen, darunter viele Kinder und Greise.

Als die Banden des ukrainischen Hetmans Petljura, der in Paris durch Schwarzbart vor etwa zwei Jahren erschossen wurde, in Trostniza einzogen, nahmen sie 400 Juden gefangen und hießen sie ein gewaltiges Massengrab auswerfen. Dann stürzten sie sich mit Kolben, Messern, Beilen und Brecheisen auf die Gefangenen und warfen den ganzen Haufen des gemetzelten Menschenfleisches in die geräumige Grube.

Getötet — gefoltert — zu Tode gequält — geschändet: Worte des Grauens und Entsetzens, Worte, die ein fühlender Mensch kaum über die Lippen bringt! . . .

Gorew führt eine lange Reihe von Beispielen an, wie die Antisemiten arbeiten und woher der Antisemitismus seine giftigen Säfte zieht. Weiter beleuchtet er die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Zeiten, in denen der Judenhaß am schlimmsten wütete.

Noch im Mittelalter galt als Träger der aufkeimenden Warenwirtschaft der Jude, der als Händler und Kommissionär fast den gesamten Warenhandel für sich monopolisierte. „Jude" und „Händler" war damals ein gleichbedeutendes Wort. Mit der Entwicklung der Warenwirtschaft zur Geldwirtschaft trat als Konkurrent der jüdischen Händler die russische Kirche auf. Weil aber die Kirche keine Erfahrung im Handel hatte, konnte sie auch bezüglich der Qualität und billigen Preise mit den jüdischen Handelsleuten in keiner Weise konkurrieren. Sie öffnete daher das Arsenal ihrer religiösen Machtmittel.

Alles, was sich nur ausdenken läßt, jede bewußt erdachte Bosheit schleuderte die „rechtgläubige" Kirche ins Volk, um einen beispiellos fanatischen, ja viehischen Haß gegen die Juden zu erzeugen. Da wurden die Juden beschuldigt, Kinder gemordet zu haben, um Christenblut für rituelle Zwecke zu erhalten. Massenhaft wurde judenfeindliche Literatur verbreitet, z. B. allein in den Jahren 1905 und 1906 in einer Auflage von 14 Millionen Exemplaren, worin die Bevölkerung zur Ausrottung der Juden aufgefordert wurde. Es wurden Broschüren und Flugblätter verbreitet unter den vielsagenden Titeln: Mittel gegen Juden" oder „Unwiderlegbare Beweise für den unvermeidlichen Untergang der Welt, der Menschheit, des Christentums und jeden Staates, sofern die Juden nicht unverzüglich umgebracht oder als Sklaven verkauft werden."

Wie solche Flugschriften auf die dumpfe, im finstersten Aberglauben watende Bevölkerung wirken mußten, braucht nicht näher dargelegt zu werden.

Eine noch schlimmere Zeit brach für die jüdische Bevölkerung an, als der auf geldlicher Basis beruhende Warenhandel einsetzte und der nationale Kaufmann, die nationale Kaufmannsgilde aufkam. Damit erhielt die russische Kirche einen willkommenen Bundesgenossen. In der Folgezeit nahm der Kampf gegen die Juden eine organisierte, grausame, von Raserei besessene Form an. Eine Liste der Opfer wurde vorerst fein säuberlich aufgestellt, dann wurde der Pogrom aufgezogen. Die Juden, die im Pogrom nicht niedergemacht oder vertrieben wurden, wurden im Ghetto mit gefängnismäßiger Aufsicht eingepfercht.

In den Jahren 1891 und 1892 wurden 150 000 Juden der Grenze verwiesen, wobei die übermütigen Kosaken die Menschenherde wie das Vieh mit der bleibeschlagenen Knute vor sich hertrieben. Tausende erlagen dem Hunger und der Kälte.

Im Jahre 1791 richtete die Moskauer Kaufmannschaft an den Stadtkommandanten eine Beschwerde gegen die Juden, „weil sie ausländische Ware unter den Ortspreisen verkaufen und so dem heimischen Handel empfindlichen Schaden zufügen". Die weise Obrigkeit entschied, daß den Juden das Recht des freien Handels abgesprochen werden müsse, weil ein Nutzen, ihnen dieses Recht fernerhin zu gewähren, nicht zu erwarten sei.

Seitdem datiert die Geschichte der zwangsweisen Ansiedlung der Juden.

Trotzdem erließ Alexander I. das Dekret: „Kein Jude darf in einem Dorfe oder einer Siedlung weder unter seinem noch unter fremdem Namen leben, ganz gleich, unter welchen Umständen es auch sei."

Wo sollten die verfemten Juden nun bleiben?

Das Ungewitter eines Pogroms entlud sich meist auf die armen Juden. Die wohlhabenden Juden verstanden es, sich rechtzeitig loszukaufen. Und was noch schlimmer ist: von letzteren gingen manche sogar zu den Pogromisten über, so Winarew, Hessen, Margolin, Paßmanik und andere mehr. Den Einpeitschern eines Pogroms war es nur darum zu tun, möglichst viel Lösegeld zu ergattern, darum gaben sie den vermögenden Juden zuvor einen Wink, wer auf die schwarze Liste kommt.

Gorew, dem wir die Verantwortung für seine Angaben überlassen müssen, schließt sein Buch mit den Worten: „Der Kampf gegen den Antisemitismus muß verstärkt werden. Man darf ihm nicht mehr gutmütig auf die Schulter klopfen. Das muß endgültig ein Ende nehmen."

Leider muß gesagt werden, daß der Judenhaß in letzter Zeit wieder bedenklich an Umfang zugenommen hat, eben weil ihm nur gutmütig auf die Schulter geklopft wird. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung sucht nach einem Ventil und findet es aus primitiver Denkweise heraus bei den Juden, die an allem Elend schuld sein sollen und sich auf Kosten des Volkes bereichern. Das erklärt die wieder ansteigende Woge des Judenhasses, in der auch die kommunistische Arbeiterschaft, besonders aber die Arbeiterjugend, gern untertaucht. Im ganzen Reiche mehren sich die Fälle, wo Juden auf die gehässigste Weise schikaniert, beschimpft, gequält, mißhandelt oder sogar in den freiwilligen Tod getrieben werden.

Um nur einige Fälle herauszugreifen: Der Lehrling Beirach wurde vor einigen Monaten von seinen Mitarbeitern zu Tode mißhandelt. In den Glasfabriken von Borissow und Minsk hat die jüdische Arbeiterschaft besonders zu leiden. Dort wurde eine jüdische Arbeiterin so brutal mißhandelt, daß die höheren Sowjetbehörden eingreifen mußten, um dem Skandal ein Ende zu machen. Mit den gemeinsten Ausdrücken werden die gequälten Opfer belegt. In Rudnia wurden einige Juden verprügelt und zum Fenster hinausgeworfen. In den Schulen und höheren Lehranstalten haben Schüler und Studenten oft ein wahres Martyrium zu erleiden. Sie werden auf die raffinierteste Art gepiesackt, zum Examen nicht zugelassen und sonst im Fortkommen behindert. Das gleiche ist bei vielen jüdischen Angestellten der Fall. Nicht nur in den Fabriken, sondern auch auf Bergwerken macht sich der Pogromgeist bereit. Besonders im Donezbecken. Fälle von antisemitischen Ausschreitungen ereigneten sich auf folgenden Schächten: Brjansk, Pariser Kommune, Maria III, Golubowka, Inosa, Altschewsk, Dolhanka, Ilijitsch III und so weiter. Auf der Grube Kadijowka wurde ein jüdischer Hilfsarbeiter von einem Schmied mit dem Hammer erschlagen. Auf dem Schacht Golubowka bedauerte ein Steiger öfter vor der ganzen Belegschaft, daß man die Juden nicht mehr wie in früherer Zeit schlagen dürfe. Die kommunistische Bergarbeiterjugend organisiert stellenweise sogar sogenannte Massenfeldzüge, wobei alle möglichen Niederträchtigkeiten gegen die Juden ausgeheckt werden. Wohnungen werden ihnen abgetrieben oder vorenthalten. Verbandsbücher werden ihnen nicht ausgehändigt; sie werden aller möglichen Vergehen beschuldigt, um so eine Handhabe zur Entlassung zu erhalten.

Der Pogromgeist geht wieder um! Die Schwarzen Hundertschaften des Zaren sind auferstanden! Dafür bringt die Sowjetpresse täglich neue Belege. Zwar werden die krassen Fälle mit schweren Gefängnisstrafen geahndet, zwar hat schon die Regierung eine energische Propaganda gegen diese zaristische und mittelalterliche Barbarei eingeleitet, aber was nützt das alles, wenn selbst Stalin, der allmächtige Diktator, nicht frei von antisemitischen Anwandlungen ist, und wenn die untergeordneten Behörden, Gewerkschafts- und Parteiinstanzen selten etwas gegen diese Kulturseuche unternehmen, obwohl dieselbe unter ihren Augen grassiert und immer drohendere Formen annimmt!

V. K.

Gesperrt:

3. Gau: Die Firma Gebr. Heidl in **Rochlitz** (Sa.) ist für Steinbildhauer und Steinmetzen, wie überhaupt für Steinarbeiter, nach wie vor gesperrt wegen Lohndifferenzen und anderem.

5. Gau: In **Detmold** die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Baustoffzentrale Grotenburger Sandsteinbrüche. Inhaberin: Dora Meier, früher Karl Meier in **Hiddesen** bei Detmold. — Die Firma Fritz Schneidewind, Grotenburger Sandsteinbruch, **Hiddesen** bei Detmold. — In **Witten** der Pflastersteinbetrieb der Firma R. W. E. (Speicherkraftwerk Herdecke). — In **Rüthen** die Rüthener Grünsandsteinwerke. Zureise unterlassen. Tarifsache.

6. Gau: In **Tiefenstein**, Granit-Werk der Firma Schwarzwälder Bauindustrie, G. m. b. H., Oberlauchringen.

*

Sperrnotizen wegen schwebender Lohnverhandlungen ohne besondere Vorkommnisse finden keine Aufnahme.

Wiederholte Mahnungen an die Schriftführer. Die Flut der Versammlungsberichte ohne jeden nennenswerten Inhalt für die Allgemeinheit nimmt von Tag zu Tag zu. Beinahe 60 Berichte lagen in der Redaktion; wenn die alle zur Veröffentlichung kommen sollen, werden die zuletzt Eingegangenen so um Ostern herum veröffentlicht werden. Damit haben die Berichte selbstverständlich jeden aktuellen Wert, wenn überhaupt dabei von solchem gesprochen werden kann, verloren.

Alle Berichte, die mit Bleistift geschrieben sind, trotz oft wiederholter Mahnung, das zu unterlassen, wandern in den Papierkorb. Ebenso Berichte, die trotz öfterer Hinweise auf beide Seiten geschrieben sind, ferner alle Berichte, die nur von Kassenabschluß und Vorstandswahl berichten. Solche Vorgänge gehören ins örtliche Protokollbuch. „Der Steinarbeiter" kann das nicht ersetzen. Dann wandern noch alle Berichte in den Papierkorb, deren Schriftsatz einfach hingeschludert wurde; das sind solche, die mit dem besten Willen und scharfem Augenglas nicht zu entziffern sind. Wir haben im Verbande etwa 800 Zahlstellen. Wenn nun jeder Ort im Jahre nur einmal einen Bericht einsendet, kann die Veröffentlichung nicht stattfinden. Unsere Zeitung zählt jährlich 52 Ausgaben. In jeder Ausgabe können im Durchschnitt 10 Berichte Aufnahme finden, das sind jährlich 520 Berichte. Daraus folgt die einfache Tatsache, daß es mit Rücksicht auf den Raum und die etwa 800 Zahlstellen ein starkes Verlangen ist, wenn einige Zahlstellen von jeder Monatsversammlung einen Bericht zum Abdruck senden, sehr oft sogar mit dem Vermerk: „Nichts streichen und in die nächste Nummer aufnehmen!" Wenn auch der Redakteur durch diese Vermerke sich nicht irritieren läßt, so sind sie aber dennoch überflüssig. Das ganze ist ein einfaches Rechenexempel, muß beachtet werden aus Einsicht. In dieser Beziehung ist schon reichlich viel ermahnt, ersucht und gebeten worden. Wenn das nun alles nichts hilft, bleibt der Redaktion nur die Selbsthilfe: Zusammenstreichen des Ueberflüssigen und die sonstigen Berichte — Papierkorb!

Eine Warnung. Von einem Kollegen wird uns geschrieben: Eine Firma, die die Arbeitslosigkeit der deutschen Steinarbeiter meisterhaft für sich auszunutzen versteht, ist die Firma „La Granit des Hautes Vosges" in Münster (Oberelsaß). Obwohl bereits vor einem Jahre in einem Artikel im „Steinarbeiter" die Kollegen vor den Ausbeutermanieren dieser Gesellschaft gewarnt wurden, ist es ihr dennoch erneut gelungen, einen Teil unserer Kollegen aus der Zahlstelle Raumünzach auf Grund schöner Versprechungen nach Frankreich zu locken. Durch monatelange Arbeitslosigkeit — etliche dieser Kollegen waren schon ausgesteuert — wurde ihr dieses schändliche Vorhaben erleichert.

Müde der Entbehrungen, die durch monatelangen Verdienstausfall hervorgerufen wurden, glaubten sie dort eine Existenz zu finden. Leider ist dem nicht so, denn kaum die Hälfte des ihnen zugesicherten Lohnes kann verdient werden. Darüber hinaus haben die Bruchmeister den Arbeitern gegenüber Umgangsformen an sich, die zu schärfster Mißbilligung herausfordern. Sie glauben sich wohl deshalb alle Flegeleien erlauben zu können, weil die Kollegen den Fehler gemacht haben, und zugleich mit den Familien hingezogen sind und ein Umzug in die Heimat nur unter größten Schwierigkeiten getätigt werden kann. Doch mag diesen Herren gesagt sein, daß sich ein organisierter deutscher Steinarbeiter auch im Auslande nicht so ohne weiteres die Butter vom Brot nehmen läßt, am allerwenigsten von wortbrüchigen Elementen, wie es die Herren dieser noblen Firma sind. Dieser Fall, der in seiner Art nicht allein dasteht, lehrt uns erneut, wie vorsichtig in der heutigen Zeit Arbeitsangebote bewertet werden müssen, wenn man nicht Gefahr laufen will, einen großen Schaden zu erleiden.

Schopfloch. Generalversammlung vom 6. Januar 1929. Tagesordnung: Kassenbericht, Wahl der Vorstandschaft und Verschiedenes. Die Kasse sowie die Abrechnung wurden richtigbefunden. Bei der Neuwahl wurden die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt, bis auf den Schriftführer. Das wurde Kollege Karl Grimm. Beim Punkt Verschiedenes wurden allerlei Wünsche und Anträge erledigt, die innerhalb der Zahlstelle sich ergaben. Das wichtigste war, daß wir in unserer Zahlstelle im Jahre 1929 sieben Kollegen haben, die eine 25jährige Zugehörigkeit in der Gewerkschaft hinter sich haben. Es sind dies die Kollegen August Unger, Heinrich Krebs, Heinrich Köhnlechner, Karl Ehrmann, Karl Grimm, August Hillmeier, und Kollege August Dornauer von Dinkelsbühl. Die Generalversammlung hat deshalb beschlossen, daß wir am 27. Januar 1929 einen Familienabend und zugleich eine Gedenkfeier, bei der den Jubilaren ein Gedenkblatt, von der Zentrale ausgefertigt, überreicht wird, veranstalten. Wir wünschen diesen sieben Jubilaren, die fast alle noch im besten Mannesalter stehen, daß sie noch viele Jahre an der Seite der anderen Kollegen mitstreiten können, zum Wohle der gesamten Steinarbeiter Deutschlands.

Häslich (Sa.). Am 15. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt, die zufriedenstellend besucht war. An Stelle des erkrankten Bezirksleiters, Kollegen Gibowsky, war Kollege Schiefner aus Kamenz erschienen. Der Kassierer, Kollege Hustig, erstattete Bericht vom 4. Quartal 1928, worauf ihm durch Antrag der Revisoren Entlastung erteilt wurde. Hierauf gab Koll. Hübner einen ausführlichen Jahresbericht, woraus hervorging, daß unsere Mitgliederzahl sich erfreulich aufwärts entwickelt und wir demnächst hoffen, tausend vollzumachen. Es wurden 14 Versammlungen und 9 Vorstandssitzungen abgehalten. Bevor zu den Neuwahlen geschritten wurde, bat Koll. Hübner, ihn in Anbetracht seines Alters vom Posten des Vorsitzenden zu entbinden und dafür den Koll. Thomschke zu wählen, als Stellvertreter wolle er tätig sein. Dies wurde einstimmig beschlossen. Als Kassierer wurde Koll. Hustig, als 1. und 2. Schriftführer die Koll. Hahnewald und Posandt sowie als Revisoren die Koll. Johne, Frenzel und Schramm wiedergewählt. Als Kartelldelegierte wurden die Koll. Hahn und Thomschke bestimmt. Letzterer berichtete von der Tarifkonferenz am 12. Januar in Bischofswerda, wozu Koll. Schiefner ergänzende Ausführungen machte. Hierzu entspann sich eine äußerst lebhafte Aussprache, woran sich mehrmals die Koll. Herzog, Görner und Jeske beteiligten. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten machte Koll. Hübner auf den kommenden Verbandstag aufmerksam und ermahnte die Kollegen, durch Stellung von Anträgen mitzuarbeiten an der Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes.

Kyritz. Am 16. Januar 1929 fand die Jahreshauptversammlung der hiesigen Zahlstelle statt, die trotz Schneesturm auch von den auswärtigen Kollegen gut besucht war, ein Zeichen, daß Interesse für die Organisation vorhanden ist. Zu Beginn gab Kollege Leu den Jahres- und Kassenbericht. Die Kassenverhältnisse sind als stabil zu bezeichnen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab einstimmige Wiederwahl in seiner Gesamtheit. Einstimmig wurde Beschluß gefaßt, die Wohlfahrtsmarken einzuführen und Verhandlungen sofort in die Wege zu leiten. Des weiteren wurden außer internen Angelegenheiten zur Unterstützung des Arbeitersamariterbundes 10 Mark bewilligt.

Grünberg i. Schl. Generalversammlung am 6. Januar. Die Tagesordnung umfaßte 8 Punkte. Nachdem die beiden ersten erledigt waren, wurde Bericht von der Bezirks- und Tarifverhandlung gegeben. Man sah den Vorschlag der Arbeitgeber als eine Verhöhnung an. Neue Verhandlungen sollen im Januar stattfinden; falls dort wieder keine Einigung erzielt wird, sprechen wir uns im Frühjahr wieder. Danach verlas der Kassierer die Abrechnung des 4. Quartals. Kasse und Bücher waren von den Revisoren geprüft und in bester Ordnung befunden. Die Versammlung dankte durch Erheben von den Plätzen. Anschließend gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Die Neuwahl ergab: Vorsitzender und Kassierer W. Thiel, Stellvertreter H. Helbig, Kassiererstellvertreter Aug. Weinert und M. Grotke, Schriftführer E. Riedel, Stellvertreter R. Schulz, Beisitzer R. Lange, G. Herdlitschke und Otto Jäschke. Revisoren: B. Weiser, E. Franke und P. Hermut. Kartelldelegierte: G. Herdlitschke, B. Weiser und W. Grotke. Als Jugendleiter: Lange und Riedel. Nachdem gedachte der Vorsitzende unserer Jubilare, die 25 Jahre treu zur Organisation gestanden haben. Es sind die Kollegen: R. Eckert, E. Berthold, Otto Jäschke und W. Thiel. Die Versammlung erhob sich zu Ehren der Jubilare von den Plätzen. Auch die Zahlstelle kann mit Stolz dieses Jahr ihren 35. Geburtstag feiern. Sie wurde am 4. Februar 1894 in Lawaldau gegründet und kann auf gute Fortschritte zurückblicken. Sie zählt jetzt 150 Kollegen.

Essen. Am 13. Januar 1929 fand eine mäßig besuchte Sektionsversammlung der Steinmetzen statt. Anwesend waren 20 Kollegen, wogegen in der letzten Versammlung 35 Kollegen anwesend waren. Es ist ein trauriges Zeichen, daß von den neuaufgenommenen Kollegen fast keiner anwesend war. Das muß anders werden. Es genügt nicht, daß sich die Kollegen in den Verband aufnehmen lassen und sich dann hinter den Ofen setzen in dem Glauben, alles andere macht der Vorstand. Nein Kollegen, dazu gehört auch regelmäßiger Versammlungsbesuch und Gewinnung neuer Mitglieder, damit wir im Frühjahr zum Abschluß eines Tarifes kommen für die Bauscharrierer. Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte der Kollege Idel über das Arbeitslosenversicherungsgesetz. Er verstand es, in kurzen Zügen die Mängel und Gefahren dieses Gesetzes aufzuzeigen. Die nachfolgende Diskussion zeigte denn auch, daß die Kollegen noch lange nicht zufrieden sind mit dem, was uns die Regierung beschert. Eine Entschließung gegen die Sonderregelung der Arbeitslosenunterstützung wurde mit allen gegen eine Stimmenhaltung angenommen.

Bühl. Unsere Versammlung fand am 6. Januar 1929 in Bühl statt. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung vom vierten Quartal. 2. Berichterstattung durch Gauleiter Sarfert über die schwebenden Tarifverhandlungen und über den Zweck der Organisation. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Die Quartalsabrechnung wurde vom Gauleiter Sarfert selbst verlesen, von den Revisoren geprüft und für richtig befunden und dem Kassierer Wullinger Entlastung erteilt. Kollege Sarfert gab uns Aufklärung über die schwebenden Lohnverhandlungen und einen Ueberblick von 1924 bis 1928. Er griff auch die Unorganisierten nicht sanft an und meinte, die Leute müssen doch auch wissen, daß sie ihren Lohn nur durch die Organisation verdienen. Aber diese Helden wollen nur den Lohn, aber keine Opfer bringen. Im Gegenteil den Mund aufsperren. Das sind die Richtigen. Erster Vorsitzender wurde Hans Dannberger, zweiter Leonhard Bauer, Kassierer Michael Sperl, Schriftführer Xaver Bain, Revisoren Xaver Jobst, Georg Bauer. Dann wurden die Mißstände der Zahlstelle wie im Betrieb betreffs Tagelohn und Akkord kritisiert. Zum Schluß gaben der neue Vorsitzende sowie der Gauleiter Sarfert den Kollegen noch einige ernsthafte Worte mit nach Hause, die jeder Kollege nicht so leicht vergißt.

Waren. In der am 13. Januar 1929 abgehaltenen Generalversammlung gab der 1. Vorsitzende zuerst einen Bericht von der vorhergegangenen Vorstandssitzung; die vom Vorstand gefaßten Beschlüsse wurden von der Versammlung gutgeheißen. So auch eine Unterstützung aus der Lokalkasse für zwei Lehrlinge, die unserer Organisation angehören. Wenn auch deren Meister sonst weiß, was der Lehrvertrag besagt, so kümmert er sich im Winter wenig um seine Lehrlinge. Auch wurde zugestimmt, bei wichtigen Versammlungen die auswärtigen Kollegen einzuladen. Wenigstens soll aus jedem Orte einer erscheinen; seine Unkosten werden aus der Lokalkasse ersetzt. Nachdem dann vom Schriftführer das vorhergehende Protokoll verlesen und genehmigt war, gab der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt, ihm wurde auf Antrag des Kollegen Milverstädt Entlastung erteilt. Einem Antrag auf Extrabeitrag für die Lokalkasse wurde nicht zugestimmt. Nach Bekanntgabe eines Schreibens vom Gauleiter und einer Unterstützung für den Arbeitergesangverein, gab der Vorstand den Jahresbericht, woraus ersichtlich ist, daß die Arbeit des Vorstandes im Jahr 1928 recht vielseitig war. Im Namen der Organisation dankte der 1. Vorsitzende, der Kollege Mahncke, den Anwesenden für ihre rege Mitarbeit. Kartellbericht lag nicht vor und so schritt man zur Vorstandswahl. Der gesamte Vorstand sowie auch Revisoren wurden einstimmig wiedergewählt. Daß in anderen Berufen die Lehrlingszüchterei ebenso stark ist, wie in unserem Beruf, beweist der von den Stadtverordneten Warens gefaßte Beschluß. Auf Eingabe vom Ortsausschuß des ADGB, daß bei städtischen Arbeiten bei zwei Gesellen nur ein Lehrling bei Maurern, Zimmerern und Steinsetzerarbeiten beschäftigt werden darf.

Seußen. Unsere am 6. Januar stattgefundene Generalversammlung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Anwesend waren auch Gauleiter Kollege Schmidt und Kartellvorsitzender Hans Münchmeier, Arzberg. Erledigt wurden folgende Punkte: 1. Einläufe, 2. Geschäftsberichte, 3. Neuwahlen, 4. Gewerkschaftliche Wirtschaftsprobleme (Referent Gauleiter Schmidt), 5. Verschiedenes. Kollege Kießling leitete die Versammlung und gab die Einläufe bekannt. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß zur Zeit 164 Kollegen organisiert sind. Auch der Stand der Finanzen ist zufriedenstellend. Daß man im vergangenen Jahr mit der Verwaltung zufrieden war, bewies ihre Wiederwahl. Hierauf referierte Gauleiter Schmidt. Ausgehend von der Wirtschaftsweise vor dem Kriege und unsere jetzige moderne rationalisierte Wirtschaftsmethode streifend, zergliederte der Redner die für den Arbeiter schädliche Praxis unserer kapitalistischen Industriekapitäne. Treffend erläuterte er an Hand von Beispielen die Sinn und Geist abstumpfende Produktionsweise des laufenden Bandes. Er schilderte dann wie wir als Gewerkschafter die Führung der Wirtschaft uns vorstellen. Es muß daher alles Sinnen und Trachten des Arbeiters darauf gerichtet sein, mitzuhelfen am Aufbau des sozialistischen Staates, denn nur dieser gibt uns die Gewähr, daß dereinst unsere Ideen verwirklicht werden. Reicher Beifall lohnte den Redner, der es in seinem 1½stündigen Vortrag verstanden hat, daß die Kollegen fesselnd seinen Ausführungen folgten. Schade ist nur, daß nicht alle Kollegen anwesend waren. Unter Verschiedenem wurde das Verhalten der Grasyma in der Frage der Tarifauslegung kritisiert. Es dürfte der Grasyma keinen Schaden tun, wenn sie gegenüber ihrer Arbeiterschaft ein anderes Verhalten an den Tag legen würde. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Stralsund. Am 13. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende eröffnete und rügte den schlechten Besuch. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal 1928, der von den Revisoren geprüft und unterzeichnet war. Der Kassierer wurde entlastet. Im Geschäftlichen gab der Vorsitzende die eingegangenen Schreiben bekannt. Nach genügender Aussprache wurde der Kartellbericht erstattet. Den Bericht betreffs Sonderfürsorge der berufsüblichen Erwerbslosen gab der Vorsitzende. Im Gewerkschaftlichen und über Lohnfragen berichtet Kollege Kierow. Kollege Ludwig Hubert referiert über Verhalten zur Tarifkündigung und uns vorliegende Notstandsarbeit. Hierauf entspann sich eine längere Aussprache. Der Antrag vom Kollegen Ludwig Hubert, daß durch unsere Fachzeitung Zuzug fernzuhalten ist, wurde einstimmig angenommen. Dann gab der Kassierer einen ausführlichen Jahresbericht. Die Neuwahl wurde vom 2. Vorsitzenden vorgenommen. Mit einigen Aenderungen blieben fast alle auf ihren Posten. Im Verschiedenen wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen. Mit der Aufforderung, die Versammlungen besser zu besuchen, schloß die Versammlung.

Bedesbach. Die Generalversammlung tagte am 13. Januar d. J. in der Wirtschaft „Zur Krone". Nach Verlesung der Protokolle vom 13. Oktober und 9. Dezember 1928, wogegen kein Widerspruch erhoben wurde, gab der Kassierer den Kassenbericht bekannt. Die Kasse ist geprüft und in Ordnung befunden. Bei der Neuwahl wurde die Vorstandschaft in ihrer Gesamtheit wiedergewählt. Im Punkt Verschiedenes betonte ein Kollege, daß Beschlüsse, die in einer Versammlung gefaßt werden, nicht nur niedergeschrieben, sondern auch ausgeführt werden sollen. Bei der Firma Eisenfelder Steinwerke ist der größte Teil der Belegschaft arbeitslos. Der Betriebsleiter stellte einen jungen Mann ein, der vor der Arbeitslosigkeit noch nicht im Betriebe beschäftigt war. Die Kollegen nahmen Stellung dagegen, erhoben Protest, der sofort dem Betriebsrat übergeben wurde. Solche ähnliche Mißstände bestehen hier noch mehr. Der arbeitende Kollege aber muß sich ruhig verhalten, da ihm sonst Entlassung droht, was in letzter Zeit schon vorkam. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Düsseldorf. Am Freitag, dem 11. Januar, tagte im Volkshaus unsere Generalversammlung. Zahlstellenleiter, Kollege J. Koch, macht bekannt, daß der Bildhauer-Kollege Johann Fink am 10. Januar d. J. 25 Jahre ununterbrochen unserm Verbande angehört. Der Jubilar wird begrüßt und bekommt ein „Diplom" überreicht. Der Jubilar forderte die Kollegen auf, treu zum Verband zu stehen in guten und schlechten Zeiten. Von der Gruppe Steinarbeiter wurde dem Jubilar noch ein weiteres Geschenk überreicht. Kollege Dittmann gibt den Kassenbericht. Die Revisoren, Kollege Hopen und Kollege Lenarz, haben die Kasse geprüft und in bester Ordnung gefunden. Darauf wird dem Kollegen Entlastung erteilt. Dann gab unser Zahlstellenleiter, Kollege Koch, Bericht über die geleistete Arbeit im vergangenen Jahre. Im Januar 1928 betrug die Mitgliederzahl beider Gruppen zusammen 83. Im Januar 1929 beträgt unsere Mitgliederzahl 158. Den meisten Zugang hat die Gruppe der Steinsetzer und Rammer zu verzeichnen. Durch Hausagitation und gute Arbeit auf den Baustellen, sind die Kollegen für den Verband gewonnen. Lohnbewegungen fanden für alle Gruppen statt. Wohl für keine Gruppe sind diese zur Zufriedenheit der Kollegen ausgefallen. Gegenüber andern Berufen haben wir uns jedoch behauptet. Leider wird durch die fortschreitende Teuerung jede Lohnerhöhung überholt. Die sogenannten biederen Unternehmer von früher, stellen uns bei den Verhandlungen Syndizi gegenüber, die mit allen möglichen Mitteln versuchen, jede Lohnerhöhung zu verhindern und jede soziale Verbesserung zu unterbinden. Es ist eine Gefahr für unser wirtschaftliches Fortkommen, wenn wir alle zu leistende Kleinarbeit, nur den wenigen Kollegen überlassen, die schon mit Arbeit überhäuft sind. Vor allem muß gesagt werden, daß der engste Zusammenschluß aller Kollegen eine Notwendigkeit ist, heute mehr denn je. Für die Gruppe der Steinsetzer und Rammer gibt nun der Sektionsleiter der Gruppe, Kollege Lenarz, einen Bericht über die geleistete Arbeit. Am 7. Januar 1928 wurde die neue Leitung von 11 Kollegen gewählt. Unsere Gruppe bestand damals aus nur 19 Mann. Es ist uns gelungen, unsere Gruppe gut auszubauen, von 19 auf über 70 Mitglieder zu erhöhen. Durch Verhandlungen mit der Bauverwaltung sind Verträge abgeschlossen, die die verderbliche Akkordarbeit verbieten. Ferner ist in Bedingungen festgelegt, daß Steinsetzer, Kammer und Hilfskräfte nur durch das Arbeitsamt bezogen werden dürfen. Vor allem müssen zunächst alle hiesigen Berufskollegen eingestellt werden, bevor auswärtige Kräfte herangezogen werden. Das Gegenteil war früher gang und gäbe. Mehrere Arbeitsgerichtsklagen sind für die Interessen einzelner Kollegen geführt worden, leider sind nicht alle zu unserer Zufriedenheit ausgefallen. Es hat oft daran gemangelt, daß die betreffenden Kollegen die Vertretung ohne genügende Information ließen, auf diese Weise entstehen dem Verband Kosten, die gut gespart werden konnten. Die Kollegen kommen meistens dann, wenn es schon zu spät ist, so auch in der Angelegenheit Wilh. Kugelmeier. Kollege Lenarz erläutert den Sachverhalt kurz. Der Gesamtortsverwaltung wird das Vertrauen ausgesprochen. Die geleistete Arbeit beider Sektionen wird lobenswert von den Kollegen anerkannt. Es wird von mehreren Kollegen kritisiert, daß die Lohnkommission nicht zuerst den Mitgliedern den Tarif zur Diskussion vorgelegt hat, bevor die Unternehmer von demselben Kenntnis bekamen. Ferner wurde gerügt, daß die Kommission den Antrag der Zahlstelle Düsseldorf fallengelassen hat, der auf der Gaukonferenz von den Delegierten einstimmig angenommen wurde, welcher lautete: Wenn der Lebensindex 1½ Punkte oder 3 Prozent erreicht hat, sind neue Lohnverhandlungen vorzunehmen. Von 1927 zu 1928 stieg der Index um 15 Prozent; es sollte hiermit ein Passus geschaffen werden, der unsere Kollegen wirtschaftlich schützt. Es wird nicht einmal versucht, diesen Antrag tariflich zu verankern. Die Zahlstellenleitung wird einstimmig wiedergewählt. Revisoren die Kollegen Montermann und Fritz Schmidt, Kartelldelegierte die Kollegen Hopen und Rohe. Die Sektionsleitungen bleiben dieselben. Es wird dann über eine notwendige örtliche Einrichtung diskutiert. Die Lokalgelder reichen nicht zur Bestreitung der örtlichen Angelegenheiten aus. In Punkt Verschiedenes wird das Verhalten der sogenannten „Freien Steinarbeiter" von dem Kollegen Hopen kritisiert, die bei den Lohnverhandlungen versagen, sonst aber den Mund recht voll nehmen. Bei den Marmorarbeitern ist der Massenakkord noch gang und gäbe, vielleicht wird auch sie bald die Lawine der Arbeitslosigkeit erreichen, erst dann werden sie am eigenen Leibe verspüren, wieviel diese Kollegen durch ihr „Wildwest" gesündigt haben.

Eisleben. Am 13. Januar fand im Volkshause unsere Generalversammlung statt. Nach Eröffnung der Versammlung gab der Vorsitzende unter Punkt 1 den Jahresbericht. Hierauf gab der Kassierer die Jahresabrechnung und die vom 4. Quartal bekannt. Die Kasse ist von den Revisoren geprüft; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Unter Punkt 2 verlas der Vorsitzende ein Rundschreiben vom Kollegen Göhre, das besagt, daß der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Steinsetzgewerbe die Lohntafel zum 31. Januar dieses Jahres uns gegenüber gekündigt hat. Unter Punkt 3: Wahl des Gesamtvorstandes, wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Kollege Müller, als Beisitzer Kollege Kreikemeier, als Kassierer Kollege Handschke, als Schriftführer Kollege Friedrich, als Revisoren die Kollegen Schade, Wagner und Listing, als Hilfskassierer Kollege Deckert. Unter Punkt Verschiedenes wurde auf Wunsch des Kollegen Rennert eine Protokollnotiz zur örtlichen Sterbekasse festgelegt. Ferner ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, in diesem Jahre betreffs Wohlfahrtseinrichtung besser auf der Hut zu sein, damit die Kollegen zu ihren Rechten kommen. Zum Schluß der Versammlung regte Kollege Müller die Kollegen noch einmal an, den Artikeln im „Steinarbeiter" mehr Beachtung zu schenken (Berichte nicht auf zwei Seiten beschreiben. Red.)

Rundschau

Gewerkschaftliche Ferienreisen. Die Erkämpfung und tarifliche Regelung von Ferien ist eine der vornehmsten Aufgaben der Gewerkschaften. Aber es gilt auch, die Ferienzeit wertvoll zu verwenden. Der Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Reiseabteilung des Arbeiter-Bildungsinstituts übernommen und will sie auf breiteste, gewerkschaftliche Grundlage stellen. Der Bezirksausschuß Sachsen und die mitteldeutschen Ortsausschüsse werden tatkräftig mitwirken. Alle deutschen Gewerkschaftskollegen und ihre Angehörigen sind als Reiseteilnehmer herzlich willkommen. — Ein interessanter, künstlerisch ausgestalteter Prospekt gibt erschöpfende Auskunft über die im Jahre 1929 geplanten Reisen. Gegen Einsendung von 35 Reichspfennig wird er vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Leipzig, Zeitzer Straße 32 (Volkshaus), portofrei zugesandt.

Jeder Arbeitslose kann Anträge auf Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung stellen! Der Präsident des Landesarbeitsamtes Schlesien macht in einem Rundschreiben an die ihm unterstellten Arbeitsämter darauf aufmerksam, daß jeder Arbeitslose Anträge auf die Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung stellen kann. Der erste Teil des betreffenden Rundschreibens erscheint uns so wichtig, daß wir die Ausführungen hier zum Abdruck bringen: „Ich halte es für unerläßlich, daß allen Personen, die überhaupt als Arbeitnehmer in den letzten drei Jahren tätig waren, bei ihrer Arbeitslosmeldung Gelegenheit gegeben wird, Anträge auf Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung zu stellen. Es ist ihnen also ein Muster zur Ausfüllung vorzulegen. Aus der Tatsache, daß Personen, die die Arbeitslosenunterstützung beantragen, niemals Beiträge entrichtet haben, kann allein nich gefolgert werden, daß sie keinen Anspruch auf Unterstützung haben können, denn in vielen Fällen ist die Beitragspflicht zweifelhaft und wird erst abschließend durch die Versicherungsbehörden festgestellt, wenn ein Antrag auf Arbeitslosenunterstützung diese Frage zur Entscheidung bringt. Die Arbeitslosmeldung muß auf alle Fälle aktenkundig gemacht werden; ebenso müssen die Arbeitslosen Gelegenheit haben, sich von diesem Zeitpunkt ab den regelmäßigen Kontrollen des Arbeitsamtes zu unterwerfen, damit sie später, falls sie mit ihrem Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung obsiegen, für die Zeit von ihrer Arbeitslosmeldung ab (nach der gesetzlichen Wartezeit) die Unterstützung nachträglich erhalten können ...“

Der Wille zum Wohlstand. Der Präsident der Bethlehem-Steel-Corporation, Charles M. Schwab, ist ähnlich wie Ford ein Unternehmer, der das wirtschaftliche Gedeihen Amerikas lobend hervorhebt. Kürzlich hat er in einer Neuyorker Zeitschrift zehn Leitsätze zur Erhaltung einer guten Wirtschaftslage aufgestellt. In diesen Leitsätzen heißt es u. a.: „Bezahle die Arbeit so hoch wie möglich. — Behandle den Arbeitnehmer als Geschäftspartner. — Mache Geschäfte im vollen Tageslicht. — Lebe und helfe zu leben. — Begrüße neue Ideen. — Sei nie damit befriedigt, daß das bereits Erreichte genüge. — Betreibe dein Geschäft so wirtschaftlich wie möglich. — Schaue vorwärts und denke vorwärts. Es ist leichter, Krisen zu vermeiden als sie zu ertragen. — Arbeite mit dem Bewußtsein, daß der Hauptzweck aller Tätigkeit in der Verbesserung des menschlichen Loses liegt.“

Das sind Gedanken, von denen man wünschen möchte, daß sie auch bei den deutschen Unternehmern Eingang finden. Im „BBC.“ vom 3. Februar befindet sich ein Artikel von Schwab, in dem er u. a. folgendes ausführt: „Die Garantien für den amerikanischen Wohlstand waren: die höchsten Löhne, die jemals gezahlt wurden, hoch nicht nur in barem Gelde, sondern auch in der Kaufkraft... Wir erkennen jetzt, daß hohe Löhne und Wohlstand Hand in Hand gehen, wenn eine Preispolitik geübt wird, die dahin geht, die Waren mit dem kleinstmöglichen Nutzen abzugeben... Das Gedeihen des Geschäfts besteht darin, so hohe Löhne als wie möglich zu zahlen und Profite auf das Mindestmaß zu beschränken... Die Industrie ist abhängig von der Massenproduktion, von Maschinenleistungen, technischen Dingen — und doch bestimmt das menschliche Element den Fortschritt und die Dienste, die die Industrie dem Lande leistet. Die Ursachen eines wachsenden Wohlstandes in finanzieller und allgemeiner Beziehung liegen darin, daß jede Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung den Arbeitern nicht nur mehr Geld, sondern auch mehr Muße bringt, und daß sie dieses Geld jetzt weniger als früher für rein oberflächliche Zerstreuungen ausgeben...“

Demgegenüber vergleiche man die Jeremiaden, die die deutschen Unternehmer andauernd auszustoßen belieben. (Siehe Artikel in heutiger Nummer, erste Seite „Nachlese“.) Drüben rosiger Optimismus, hier dumpfer Pessimismus, wobei nicht beachtet wird, daß der Pessimist der einzige Mist ist, auf dem nichts wächst.

Die Deutschnationalen fordern die Arbeitsdienstpflicht. Es ist den Reaktionären aller Schattierungen ein Greuel, daß die jungen Arbeiter nicht mehr auf den Kasernenhöfen gedrillt werden können. Wie schön war es doch für so einen jungen Leutnant, die „Kerls“ so nach Herzenslust zu pisacken. Weil der alte Militarismus nicht mehr vorhanden ist, sucht man nach einem Ausweg. Die deutschnationale Fraktion hat im Preußischen Landtage einen Antrag eingebracht, der fordert, daß „1. alle Deutschen männlichen Geschlechts, ohne Rücksicht auf ihre gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, — selbst ohne Selbstvertretungsmöglichkeit — in der Zeitspanne vom 18. bis 21. Lebensjahre sich einer staatlich geregelten Arbeitspflicht für die Dauer von 12 Monaten zu unterziehen haben; 2. diese Arbeitsdienstpflicht allen geeigneten Zweigen der deutschen Volkswirtschaft zugänglich gemacht wird.“

Diese Forderung wird mit der steigenden Arbeitslosigkeit begründet. Daß die Arbeitslosigkeit dadurch nicht beseitigt wird, ist eine Binsenwahrheit, die keiner Begründung bedarf. Solche Bestrebungen werden von der Arbeiterschaft natürlich glatt abgelehnt. Wenn so etwas gefordert wird, so ist dies ein Beweis dafür, daß unsere Reaktionäre immer wieder nach Mitteln suchen, um die breiten Massen unter ihre Fuchtel zu bekommen.

Die Polizei und das Betriebsrätegesetz. Erst jetzt stoßen wir auf folgende interessante Tatsache, nämlich, daß in einer Anzahl Berliner Betriebe das Betriebsrätegesetz bis vor einiger Zeit nur mangelhaft durchgeführt war und teilweise eine Betriebsvertretung überhaupt nicht bestand. Dies veranlaßte den Berliner Polizeipräsidenten Zörgiebel, die Betriebsleitungen bei Androhung einer Geldstrafe von 500 Mark aufzufordern, die Bestellung eines Wahlvorstandes innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen. Wie unangenehm den Unternehmern das Eingreifen des Polizeipräsidenten war, geht sehr deutlich aus einer Notiz unter der bezeichnenden Ueberschrift „Polizeischerze“ hervor, die das völkische „Deutsche Tageblatt“ brachte:

„In diesen Tagen konnte man es in Berlin erleben, daß in Betrieben, wo keine Betriebsräte bestehen, Polizeibeamte in Abwesenheit des Arbeitgebers erschienen, die Belegschaft zu einer „Betriebsversammlung„ zusammentrommelten, um alsbald eine Betriebsvertretung wählen zu lassen. Dieser Vorgang, den man nur von der humoristisch-komischen Seite aufnehmen kann, hatte folgendes Vorspiel: Der Polizeipräsident von Berlin hatte an die Betriebsleitungen, die keine Betriebsräte haben, die Aufforderung geschickt, einen Wahlvorstand zu bestellen, und drohte eine Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle 14 Tage Haft bei Unterlassung, an. Die Betriebe, die nicht einsehen konnten, was der Polizeipräsident mit Betriebsrätewahlen zu tun hat, wandten sich beschwerdeführend an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe. Dieser aber wies die Beschwerde als unbegründet zurück. Gemäß Artikel 14 der Reichsverfassung würden die Reichsgesetze durch die Landesbehörden ausgeführt. Das aber sei im Betriebsrätegesetz nicht der Fall, weshalb der Berliner Polizeipräsident zu seinem Vorgehen berechtigt war. Mit diesem Bescheid gab sich jedoch der preußische Handelsminister nicht zufrieden, sondern wies die Regierungspräsidenten und Oberbergämter in Preußen an, dem Beispiel des Berliner Polizeipräsidenten nachzueifern.“

War früher die Polizei im ganzen gegen die Arbeiterschaft gerichtet, so ist sie heute, namentlich, wenn die maßgebenden Stellen von Personen aus der Arbeiterbewegung besetzt sind, ein Organ zum Schutze der Arbeiterrechte. Daß darüber das reaktionäre Bürgertum auf das äußerste entsetzt ist, ist mit in Kauf zu nehmen. Es ergibt sich aber die Lehre hieraus, daß auch die Gewerkschaftsmitglieder den heutigen Volksstaat mit allen Mitteln zu schützen haben.

Die höchste Schnapsproduktion seit dem Kriege. Der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung des Vereins der Spiritusfabrikanten lag ein Bericht vor, wonach in dem Betriebsjahr 1927/28 rund 2,8 Millionen Hektoliter Sprit erzeugt wurden. Das war die höchste Erzeugung nach dem Kriege. Sie übertraf diejenige des Vorjahres um 50 v. H. Am größten war die Steigerung bei den Kartoffelbrennereien. Es ist nicht als ein Segen der Wirtschaft zu bezeichnen, wenn die Schnapsproduktion einen derartig sprunghaften Aufstieg nimmt. Viel gesünder wäre es, wenn die kulturellen Bedürfnisse des Volkes ebenfalls steigend befriedigt werden könnten. Aber die Schnapsbrenner werden sich der Dichterworte schmunzelnd entsinnen:

Als Regel mögest du erkennen:
Verdienstlich ist es, Schnaps zu brennen,
Bedenklich schon, ihn zu verkaufen,
Höchst unmoralisch, ihn zu saufen!

Das arbeitende Volk sollte darüber nachdenken.

BEKANNT-MACHUNGEN DES ZENTRAL-VORSTANDES

Ausschreibung.

Für das Steinsetzgewerbe des 2. und 3. Gaues (Schlesien und Sachsen) wird, möglichst ab 1. März, ein Nachfolger für den aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Gauleiter Kollegen Richard Schulze gesucht. Bewerbungsschreiben, die einen kurzen Lebenslauf und eine selbstgefertigte handschriftliche Arbeit über die Aufgaben eines Gauleiters enthalten müssen, sind nebst Mitgliedsbuch bis zum 23. Februar an den Unterzeichneten einzusenden.

*

Für den großen Hartsteinbezirk Bautzen-Demitz-Cunewalde wird ab 1. April ein Bezirksleiter gesucht, dem hauptsächlich die sogenannte Außentätigkeit obliegen wird. (Vertretung der Kollegen vor den Behörden usw.). Bewerbungen, für die sinngemäß das gleiche gilt wie oben, sind bis zum 2. März ebenfalls an den Unterzeichneten zu richten.

Der Verbandsvorstand. J. A.: Ernst Winckler.

*

Den Zahlstellenleitungen werden nunmehr monatlich zwei Merkblätter über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übermittelt, die zur Orientierung und zur Aufklärung auf den genannten Gebieten dienen. Der Versand der ersten Nummer hat bereits stattgefunden. Wenn Zahlstellenleitungen nicht in den Besitz der Merkblätter gelangt sind, müssen sie vom Hauptbureau eingefordert werden.

*

Auf Antrag der Zahlstelle **Wurzen** wurde der Steinarbeiter Wilhelm Jonas wegen verbandsschädigenden Verhaltens aus dem Verbande ausgeschlossen.

*

Folgende Zahlstellen haben bis zum 12. Februar 1929 keine Abrechnung vom 4. Quartal 1928 eingesandt:

1. Gau NO: Strasburg, Warpuhnen.
1. Gau NW: Ibbenbühren, Eutin.
2. Gau: Königswalde.
3. Gau: Zöblitz.
4. Gau: Reissenhausen, Schmiedefeld.
5. Gau: Bottrop, Hunswinkel, Hagen I, Soest.
6. Gau: Detzeln, Freudenstein.
7. Gau: Fleckl, Hemerau, Hochwegen, Kronach.
8. Gau: Erlangen.
9. Gau: Steinau (Schles.)

*

Verlorene Mitgliedsausweise. In **Haschbach** das Verbandsbuch Nr. 81 128 für Ludwig Rech, Steinrichter. In **Ludwigshafen** das Verbandsbuch Nr. 71 204 für Konrad Schmidt, Steinhauer. In **Hamburg** das Verbandsbuch Nr. 25 581 für Albin Herrmann, Steinmetz, dem sämtliche Ausweispapiere in einem Gasthaus entwendet wurden.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN UND GAULEITUNGEN

Versammlungen:

17. Februar: In **Berlin, Lehrlinge,** 10 Uhr, Saal 2 im Gewerkschaftshaus.
Für **Schöneberg, Steglitz** (Unterbezirk von Berlin) in **Steglitz,** 10 Uhr, bei Schelhase, Ahornstraße 15a.

24. Februar: In **Berlin,** Steinsetzgewerbe, Bezirkskonferenz, 10 Uhr, Saal 5, Gewerkschaftshaus.
In **Lawaldau** (Zahlstelle Grünberg) 14 Uhr, Lokal Walter.

3. März: In **Frankfurt a. M. Pflastererkonferenz** des Bezirks Frankfurt a. M., 10 Uhr, Gewerkschaftshaus, Allerheiligenstr. 51 I, Zimmer 1. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Linke: Der Verkehr und seine Wirkung auf den Straßenbau. 2. Wahl des Gauvorstandes. 3. Stellungnahme zu den Tarifverträgen im Straßenbau. 4. Verschiedenes.

Parchim. Das Verbandsbuch Nr. 67 245 wird hiermit für ungültig erklärt. Der Inhaber Albert Bandow zog im Jahre 1928 mit einem Karussellbesitzer umher und hat nach Angaben des letzteren in den Zahlstellen, die er berührte, 8 bis 15 Mk. Reiseunterstützung erhoben. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Bandow noch im Besitz des nunmehr ungültigen Buches ist und weiterhin sein Unwesen damit treibt. Darum, Kassierer, die Augen auf!

Gelsenkirchen. Die Zahlstelle warnt vor dem Rammer Fritz Nowatz, ehemaliges Mitglied der Organisation, der sich in jeder Weise bemüht, die übrigen Kollegen zu schädigen, in der Vertretung ihrer Rechte.

BRIEF-KASTEN

Kpprd. Wenn der Schriftführer den Namen des örtlichen Kassierers schon falsch schreibt, was soll dann da beim Druck herauskommen? —

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

1. Gau (NW): **Cuxhaven.** Kass.: Jos. Herzka, Mühlenweg 5. — **Flensburg.** Kass.: Heinrich Nissen, Hafermarkt 29, b. Sein.
1. Gau (NO): **Wangerin** (Pommern, Kreis Regenwalde). Vors.: Aug. Schulz, Wangerin, ehem. Gut. Kass.: Otto Bogenschneider, Lange Straße 98.
2. Gau: **Frankenstein i.** Schl. Vors.: Alfred Langer, Breslauer Straße 23.
3. Gau: **Annaberg.** Vors.: Hans Fichtner, Buchholz i. Erzgeb., Brauhausstraße 37. Kass.: Emil Putscher, Ehrenfriedersdorf i. Erzgeb., Fuchshübelstraße 12. — **Häslich.** Vors.: Rich. Tomschke, Weißbach Nr. 1g, Post Pulsnitz i. Sa. — **Ebersbach** (Sa.). Kass.: Hermann Müller, Schloßstr. 383.
4. Gau: **Wanzleben.** Vors.: Walter Meier, Roßstraße 5. — **Eilmannshausen.** Kass.: Karl Schreiber, Nr. 39½.
5. Gau: **Bielefeld.** Vors.: Franz Becker, Gellershagen, Post Schildesche, Nr. 91, Telephon 2888. Verkehrslokal: Karl Heißenberg, Bielefeld, Mauerstraße. — **Steele.** Vors.: Hans Bauer, Ueberruhr, Kr. Essen, Charlottenweg 66.
6. Gau: **Herschweiler.** Vors.: Otto Lang I. Kass.: Otto Lang II. — **Niederkirchen** b. Deidesheim. Vors.: Wilhelm Dinzler. Deidesheim (Pfalz), Spitalgasse 13. Kass.: Heinrich Schwahn, Wachenheim (Pfalz), Bahnhofstraße 15.
7. Gau: **Aibling Bad.** Kass.: Jos. Wiesner, Obere Mangfall Au Nr. 359 1/9.
8. Gau: **Nördlingen.** Vors. u. Kass.: Fritz Gögelein, Basteigasse A 78.
9. Gau: **Montabaur** (Unterwesterwaldkreis). Vors.: Jos. Roth, Holler b. Mantabaur. Kass.: Ad. Hannappel, Untere Plötzgasse Nr. 3. — **Kreuznach.** Vors.: Karl Clemens, Planingerstraße 105. — **Alpenrod.** Kass.: August Steuernagel. — **Offenbach a. M.** Vors.: Franz Amersbach, Hospitalstraße 2 III.

ANZEIGEN

Tarifbezirk Berlin-Brandenburg
Steinsetzgewerbe. Bezirkskonferenz

am **Sonntag, dem 24. Februar 1929,** 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Berlin, Engelufer 25, Saal 5.

Tagesordnung: 1. Bericht und Stellungnahme zur Wohlfahrtseinrichtung, 2. Stellungnahme zu den kommenden Lohnverhandlungen, 3. Neuwahl des Sektionsvorstandes und der Lohnkommission, 4. Gewerkschaftliches, 5. Verschiedenes. Bis auf hundert Mitglieder entsenden die Bezirke einen Delegierten, auf jedes weitere volle Hundert kann noch ein Kollege delegiert werden. Pünktliches Erscheinen erwartet **Die Schlichtungskommission.**

Unterbezirk Schöneberg, Steglitz u. Umg.

Aus Anlaß der am 24. Februar stattfindenden Bezirkskonferenz findet unsere nächste **Mitgliederversammlung** schon am **Sonntag, dem 17. Februar 1929,** 10 Uhr, bei Schelhase, Steglitz, Ahornstraße 15a, statt.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahl des Vorstandes, 3. Wahl der Delegierten und Stellungnahme zur Bezirkskonferenz, 4. Stellungnahme zum Gesellenverein, 5. Gewerkschaftliches, Verschiedenes. I. A.: Kühne.

Achtung, Lehrlinge von Groß-Berlin!

Infolge der am 24. Februar stattfindenden Bezirkskonferenz halten wir unsere nächste **Versammlung** schon am **Sonntag, dem 17. Februar 1929,** 10 Uhr, im Saal 2 des Berliner Gewerkschaftshauses, Engelufer 25, ab. Da im besonderen der Lehrvertrag und die Beschäftigungsmöglichkeit in den Wintermonaten besprochen wird, ist es Pflicht jedes Lehrkollegen, pünktlich zu erscheinen.

Die Sektionsleitung.

Größere Marmor- und Steinindustrie der Schweiz sucht per sofort

tüchtigen Vorarbeiter

der mit allen Arbeiten der Marmor- und Steinindustrie bekannt ist.
Gesucht werden ebenfalls:

1 tüchtiger Handpoliseur,
1 tüchtiger Maschinenpoliseur,
1 tüchtiger Marmorist.

Offerten unter Angabe der bisherigen Tätigkeit mit Zeugnisabschriften an

R. Millenet, Marmor- u. Steinindustrie, Liebefeld-Bern. (Schweiz.)

Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.
Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postscheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postscheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postscheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge
für den Straßenbau
liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Braunschweig** am 1. Januar der Schleifer Erich Grunwald, 41 Jahre alt, Unfallfolgen, 6 Wochen krank.

In **Zeitz** am 18. Januar der Sandsteinmetz Oswin Hillner, 55 Jahre alt, Verkehrsunfall.

In **Berlin** am 26. Januar der Schleifer Willi Domann, 53 Jahre alt, 3 Monate krank, Kehlkopftuberkulose.

In **Magdeburg** am 27. Januar der Hilfsarbeiter Gustav Masuch, 56 Jahre alt, 13 Wochen krank, Lungenentzündung.

In **Strehlen** am 29. Januar der Brecher Karl Hanusch, 65 Jahre alt, 4 Wochen krank, Herzkrank.

In **Naumburg** am 31. Januar der Steinmetz Willi Grund, 28 Jahre alt, 10 Tage krank, Herzschwäche.

In **Hamburg** am 1 Februar der Steinsetzer Wilhelm Kagelmann, 66 Jahre alt, 13 Wochen krank, Magenkrebs.

In **Eisenberg** am 3. Februar der Steinsetzer Richard Semmler, 80 Jahre alt, Herzschlag.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.